

Engel der Geschichte: ein Rückblick auf die Zukunft feministischer Politikwissenschaft

Sauer, Birgit

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sauer, B. (2017). Engel der Geschichte: ein Rückblick auf die Zukunft feministischer Politikwissenschaft. *Femina Politica - Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 26(2), 117-127. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v26i2.09>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Engel der Geschichte. Ein Rückblick auf die Zukunft feministischer Politikwissenschaft

Festrede anlässlich des Symposiums „Kritischem Denken Raum geben. 20 Jahre *Femina Politica* – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft“ am 30. Juni 2017 im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

BIRGIT SAUER

86% Baumwolle, 14% Leinen, Preis: 550 Euro. Schick, naturbelassen – und vor allem teuer – so stellt sich eine Dimension des globalen Feminismus dar: in Form des Dior T-Shirts aus der Frühjahrskollektion 2017 mit der Aufschrift „We should all be feminists“,¹ der Titel eines Essays der Nigerianischen Autorin Chimamanda Ngozi Adichie (2014). Die neoliberale Vereinnahmung des Feminismus, von Vielen wie z.B. Nancy Fraser (2009) oder Angela McRobbie (2016) lange beklagt und kritisiert, wird von der Edel-Mode-Industrie auf die Spitze getrieben: Feminismus als Markenklamotte.

Die brutale Kehrseite zum feministischen Edelschick sind massive Angriffe auf feministische Wissenschaftler_innen, Gender Studies, Gleichstellungspolitik und Gender Mainstreaming durch europäische Rechte, Rechtskonservative und Katholik_innen. Die Allianz rechter selbsternannter „Anti-Genderisten“ wirft dem Feminismus Elitismus vor, verhöhnt Gleichstellungspolitik als Elitenprojekt und instrumentalisiert Geschlechterfragen für eine rechtsextrem-populistische Politik gegen Migrant_innen und Geflüchtete (Hark/Villa 2015; Kuhar/Paternotte 2017). Mit ihrer Kritik wollen die rechten Kräfte aber mehr, nämlich die Zerstörung der liberalen Demokratie und eine neue rechte Hegemonie – gegen Gleichheit und gegen Anerkennung von Diversität. Das Chaos eines Egomane wie Donald Trump, autoritäre Regierungen in Polen und Ungarn, autokratische Maßnahmen der EU-Krisenbearbeitung oder das Roulette mit Namen Brexit sind Facetten dieses neuen Kampfes um rechte Hegemonie.

Doch auch aus der wissenschaftlichen Community gibt es Attacken gegen Gender Studies. Die Autoren des Hoax-Artikels über den „Conceptual Penis“ werfen den Gender Studies eine poststrukturalistische Relativierung von Wissen vor, die genau diesen rechten Kräften zuarbeitete:² Die Gender Studies hätten die Kritik von Wahrheit und damit die Infragestellung von Fakten vorangetrieben und so den rechten Diskurs um *fake knowledge* vorbereitet. Kurzum: Geschlecht hat in der jüngsten Zeit eine unvermutete Öffentlichkeit erhalten und ist zu einem in deutschsprachigen Medien dis-

kutierten Thema geworden – eine Öffentlichkeit, wie sie einem kritisch-öffentlichen Einsatz feministischer Politikwissenschaft bisher nicht beschieden war.

Bei einem Jubiläum wie jenem, das wir heute begehen, gerät die Zeit, geraten Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ganz unmittelbar in den Blick. Der Augenblick des Feierns wird gerahmt durch Rückblicke wie auch durch Vorausblicke. In seinem Text „Über den Begriff der Geschichte“ verbindet Walter Benjamin (1940/1980) Zeit mit der Frage des Glücks und der Erlösung. Er schrieb den Text im Jahr 1940, seinem Todesjahr, in einer Gegenwart, die er als Ausnahmezustand bezeichnete (ebd., 697). Der Engel der Geschichte – Benjamins Vorstellung ist inspiriert von Paul Klees Bild „Angelus Novus“, das damals in seinem Besitz war – „hat sein Antlitz der Vergangenheit zugewendet“ und sieht dort „eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert“ (ebd.). Ein „Sturm vom Paradies her“ treibt den Engel „unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt“ (ebd.). Dieser Sturm ist der Fortschritt – er gilt Benjamin als unaufhaltsam und unbeherrschbar, weil sturer „Fortschrittsglaube(n)“ und „servile Einordnung in einen unkontrollierbaren Apparat“ (ebd., 698) vorherrschen.

Dieses Bild will ich *nicht* als Metapher für die Vergangenheit oder die Zukunft, auch nicht die Gegenwart feministischer Politikwissenschaft verstanden wissen. Vielmehr spricht mich Benjamins Perspektive auf Zeit an: Im Schrecken seiner Gegenwart warnt er sowohl davor, der Vergangenheit zu vertrauen, wie auch das Glück in der Zukunft zu suchen. Benjamin macht demgegenüber auf die Dialektik des Eingebundenseins in historische Zusammenhänge aufmerksam, in Rückschritte, die aus Fortschritten entstehen, auf Erfolge, die aus Niederlagen hervortreten – und auf die Notwendigkeit einer Praxis des zukünftigen *Nicht*-Einordnens. Es gilt, so Benjamin, das „Kontinuum der Geschichte“ aufzusprengen (ebd., 702), die Vergangenheit als Zukunft zu denken, Glück als Gegenwart, Zukunft als Möglichkeit der Vergangenheit, des Rückschritts – oder als Erlösung. Einen solchen Zugriff auf den „kostbare(n) Samen Zeit“ (ebd., 703) erachte ich als ein wunderbar widersprüchliches, komplexes und dialektisches Programm für ein Jubiläums-Resümee feministischer Politikwissenschaft im deutschsprachigen Raum. Und diese Zeitsicht eignet sich dafür, die Bedeutung feministisch-politikwissenschaftlicher Kritik für die Politikwissenschaft, die Politik und die Öffentlichkeit einzuschätzen.

Stellen wir uns also vor, wir wären an der Stelle von Paul Klees „neuem Engel“ und schauen in die Vergangenheit feministischer Politikwissenschaft, in der die Zukunft bereits angelegt ist, die sich aber nicht geradlinig, sondern in Sprüngen und auf Umwegen, mit Abweichungen und über Stolpersteine durchsetzte und realisierte. Gewiss ist, dass sich die Geschichte der feministischen Politikwissenschaft im deutschsprachigen Raum so entwickelte, dass wir heute das 20-jährige Jubiläum der *Femina Politica* feiern können. Das ist doch was! Vom Paradies her weht weniger der Sturm des Fortschritts, sondern der lange Atem all jener Redakteurinnen und Herausgeberinnen, die diese 20 Jahre möglich machten. Dafür möchte ich mich im Namen der feministisch-politikwissenschaftlichen Community – die ich zwar weder

repräsentiere noch befragt habe, deren Zustimmung ich mir aber sicher bin – schon jetzt einmal ganz herzlich bedanken!

Ich möchte meinen Rückblick mit der Frage verbinden, was feministisch-politikwissenschaftliche Kritik im Lichte dieser vergangenen Zukunft war, gegenwärtig ist und zukünftig sein kann oder sollte. Ich möchte dies an zwei Dimensionen erörtern: Zum einen will ich gleichsam aus den Trümmern der Mainstream-Politikwissenschaft – deren fehlende Analysefähigkeit und mangelnde politische Relevanz ja Ziel feministischer Dekonstruktionsarbeit war und die auch medial immer wieder zu Recht kritisiert wird – das feministische Kritikpotenzial bzw. den feministischen Kritikmodus herausarbeiten. Zum anderen will ich das Kritikpotenzial feministischer Politikwissenschaft am Beispiel der Herausforderungen durch die Positionierung *innerhalb* von Universitäten und der Academia sichtbar machen. Zuvor werde ich kurz klären, was ich unter feministischer Kritik verstehe.

Was ist Kritik? Wie ist Kritik möglich?

Die Kritikperspektive feministischer Politikwissenschaft im deutschsprachigen Raum ist seit ihrer Etablierung im Jahr 1991 eine doppelte: zum ersten die Kritik der (Politik-)Wissenschaft mit dem Ziel der Transformation des Faches, aber auch der Integration feministischer Perspektiven und Personen in die Academia. Damit verknüpft war zweitens die Kritik und Veränderung der Politik, also politischer Institutionen, Normen und Verfahren, aber auch mehr, nämlich die Überwindung von Unrecht, Ungleichheit und Unfreiheit oder positiv formuliert: Emanzipation und die Chance eines guten Lebens. Feministische Politikwissenschaft will Wissen für eine transformative Politik generieren, für eine Politik, die traditionelle Grenzen überschreitet und z.B. das Private zum Öffentlichen macht. Feministische Politikwissenschaft verstand sich also als *politische* Wissenschaft und wurde bzw. wird gerade deshalb immer wieder angegriffen und ausgegrenzt.

Keine kritische Wissenschaftlerin würde sich freilich der Illusion einer unmittelbaren *Wirksamkeit* von kritischer Theorie-Arbeit oder von empirisch-kritischen Forschungsergebnissen z.B. im Rahmen feministischer Politikberatung³ hingeben. Aber doch forderte der *Anspruch* der Politikkritik durch Wissenschaftskritik immer wieder feministische Kontroversen heraus, was denn feministische Kritik sei und wie sie politische und gesellschaftliche Wirksamkeit entfalten könne.

Die Kritiktradition feministischer Politikwissenschaft speist sich aus unterschiedlichen theoretischen Strängen. Zwei Stränge will ich hier erwähnen: ein erster marxistischer und in der Kritischen Theorie verorteter und ein zweiter im Foucault'schen Denken begründeter Kritikmodus. Beide Stränge schließen sich m.E. nicht aus, sondern sind kompatibel, denn beide begründen eine *gesellschaftstheoretische* Sicht auf Politik. Kritische Wissenschaft ist in der Definition Max Horkheimers eine denkrische *Praxis*, also keine losgelöste Theorie. Sie ist dann und deshalb verändernde Praxis, so Horkheimer, wenn sie nach Kräften und Gegenkräften in der Gesellschaft

sucht (Horkheimer 1937/1977, 36). Auf der Basis dieser Widersprüche, Konflikte, Kämpfe und Auseinandersetzungen – und hier bezieht sich die Kritische Theorie auf Marx – lässt sich Veränderung denkbar machen, kann Wandel Gestalt annehmen und Unrecht beseitigt werden.

Der normative Kritikanspruch der Kritischen Theorie steht m.E. nicht im Widerspruch zu Foucaults Kritikbegriff, auf den sich die feministische Politikwissenschaft ebenfalls bezieht. Kritik im Foucault'schen Sinne ist keine „Verweigerungshaltung“, sondern eine „Grenzhaltung“, ein Handeln, das an der Grenze verharret, um der „Alternative des Draußen und des Drinnen“ zu entkommen (Foucault 1984/2005, 699). „Die Kritik ist gerade die Analyse der Grenzen und die Reflexion über sie“ (ebd., 702), damit diese Grenzen überschritten werden können. Foucault fasst Kritik als eine Praxis der „Entunterwerfung“, nicht als Befreiung (Foucault 1978/1990, 15), weil die Praxis der Kritik keine *Garantie* für ein herrschaftsfreies Leben umfasst. Praxen des „Nicht-so-regiert-werden-Wollens“ (ebd., 52) brauchen darüber hinaus Phantasie und „Erfindungsarbeit“, wie Hanna Meißner (2015, 225) schreibt. Feministische Kritik ist also die Kunst, die Transformationsfähigkeit aktueller Gegenwart herauszuarbeiten. In diesem Sinne ist sie kritische Praxis und somit „Politik der Kritik“.

„Politik der Kritik“ impliziert vor allem Bewusstsein über gesellschaftliche Widersprüche und Kämpfe um *Subjektivität*. Denn vergeschlechtlichte, sexualisierte, rassistische und klassistische Praxen der Subjektivierung stehen im Zentrum moderner kapitalistischer Staatsformen und Regierungstechniken. Ich habe diese Kritikperspektive im Unterschied zur „reinen“ Kapitalismusanalyse einmal als „schmutzige“ Kapitalismusanalyse bezeichnet (Sauer 2015, 37). Diese lenkt das Augenmerk auf Subjektivierungsweisen im patriarchalen, rassistischen und sexistischen Kapitalismus, um von einem subjektbezogenen Punkt aus eine Infragestellung des kapitalistischen Gesamtzusammenhangs, also auch bürgerlich-patriarchal verfasster Politik, leisten zu können. Vor dem Hintergrund dieses Kritikverständnisses möchte ich im Folgenden das Innovations- und Kritikpotenzial feministisch-politikwissenschaftlicher Themensetzung ausleuchten.

1. Dimension: Kritik der Politikwissenschaft

Am Beginn feministischer Politikwissenschaft stand ihre Disziplinierung, ihr Bezug also auf eine Disziplin und damit eine gewisse Abkehr vom Anspruch der Interdisziplinarität. Dadurch öffnete sich aber die Chance der systematischen Auseinandersetzung mit den geschlechtsspezifischen Theorien und Konzepten des Faches, und nur dadurch war eine gezielte Grenzüberschreitung der androzentrischen Wahrheitsansprüche der Politikwissenschaft möglich.

Erklärtes Ziel des AK Politik und Geschlecht der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) und der Femina Politica war und ist eine explizit herrschaftskritische Bearbeitung, eine geschlechterkritische Inspektion und ein *engendering*

von politikwissenschaftlichen Begriffen, Kategorien und Theorien. Diese Geschlechterkritik arbeitete den ‚normalen‘ Androzentrismus zentraler politikwissenschaftlicher Konzepte heraus, aber auch die Strukturen ‚versachlichter‘ Männlichkeit in der Politik, um politische Ausschlüsse oder prekäre Einschlüsse von Frauen systematisch erklären zu können.

Thematisch begannen wir – als eine Gruppe feministischer Politikwissenschaftlerinnen – 1991 mit der Dekonstruktion eines Zentralbegriffs der Politikwissenschaft, dem maskulinistischen Konzept Staat. „Staat aus feministischer Sicht“ war der Titel einer der ersten Publikationen, die der Zeitschrift *Femina Politica* vorausgingen (Biester et al. 1992). Sie erschien 1992 im Berliner Eigenverlag und bestand aus ausgewählten Vorträgen der ersten AK-Tagung in Hannover. Die Freude und Lust, mit der wir damals debattierten, machte den Aufbruch in ein spannendes Neuland deutlich. Auch in der *Femina Politica* hallte das Thema Staat nach: 1998 gab es ein Schwerpunktheft „Staats- und Demokratietheorien“ (Heft 1/1998), 2002 erschien ein Themenheft zu „Geschlechterdemokratie“ (Heft 2/2002) und schließlich 2010 ein Schwerpunkt über „Governing Gender. Feministische Studien zum Wandel des Regierens“ (Heft 2/2010).

Retrospektiv erweist sich das Themenspektrum der *Femina Politica* weit und es schmiegt sich durchaus an die Teilbereiche der Politikwissenschaft an – Politische Theorie, Methoden (das erste Heft überhaupt, Heft 1/1997), drei Hefte zu Internationalen Beziehungen, Hefte zum Politischen Vergleich, zwei Hefte zur Europafor schung sowie Themenschwerpunkte zu Recht und Politikfeldforschung (z.B. Bildungs-, Gesundheits-, Familien-, und Diversitätspolitik). Das klingt nach Eroberung von Zentralbastionen, wenn Ihr mir diese militaristische Metapher erlaubt.

An diese Auflistung mag sich Audre Lorde attraktive Metapher von des Meisters Haus und des Meisters Handwerkszeug anschließen: „The master’s tools will never dismantle the master’s house“ (Lorde 1983). War möglicherweise die Strategie der kritischen Be- und Aufarbeitung der Tools der Politikwissenschaft falsch, ein vergebliches Bemühen, das scheitern musste, da der Zugang zum Haus des Meisters nicht so leicht möglich ist und sich bis heute schwierig gestaltet? So attraktiv dieses Bild von Lorde ist, so gefährlich und falsch ist es aber auch. Kritik als Grenzhaltung kann nicht schlicht davon ausgehen, dass aus den Ruinen des herrschaftlichen Hauses das feministisch Neue entsteht. Vielmehr war die feministische Politikwissenschaft im deutschsprachigen Raum erfolgreich darin, genau die Begriffe, die *master’s tools*, zu verwenden, um sie zu verschieben, umzudeuten und feministisch-kritisch nutzbar zu machen.

Diese Umdeutungen bildeten wiederum die Basis dafür, *neue* Themen auf die politikwissenschaftliche feministische Agenda zu setzen. Feministische Politikwissenschaft behielt trotz der Beschäftigung mit den *master’s tools* Elastizität; die *Femina Politica* dehnte die politikwissenschaftlichen Fragen und Perspektiven deutlich aus und überschritt damit die Grenzen des Kanons. So wurde die ‚Geschlechter‘theorie hin zu queeren (Heft 1/2005 und Heft 1/2015) und postkolonialen Ansätzen (Heft

2/2009) erweitert, und die Paradigmen der Intersektionalität und Diversität konnten nicht zuletzt auch materialistisch weiterentwickelt werden, sodass Fragen von Klasse in das Themenspektrum aufgenommen wurden. Themen wie die Politisierung des Körpers (Heft 2/1999), Arbeit (Heft 2/2000) und Ausbeutung in globalisierten Arbeitsverhältnissen (Heft 1/2016), die Schwerpunktlegung auf Makroökonomie und Politische Ökonomie sowie soziale Ungleichheit verweisen auf diese materialistische Intersektionalität. Und an dieser Stelle muss erwähnt werden: Diese innovative Ausweitung des politikwissenschaftlichen Kanons konnte nur erfolgen, weil Kolleginnen diese Ansätze und Themen vertreten und aktiv dazu forschen.

Der feministischen Politikwissenschaft ging es m.E. darüber hinaus stets um eine *Gesellschaftstheorie* des Politischen als Voraussetzung für Politikkritik. Es ging ihr darum, den Zusammenhang zwischen Individuen, Subjekten und Prozessen der Subjektivierung und politischen Institutionen und Normen auszuleuchten, also zu erforschen, wie Subjektbildungsprozesse durch Institutionen angeregt, mitunter erzwungen werden und wie umgekehrt Subjektivität in Institutionen eingeschrieben sind. Dies ist eine Epistemologie, die allmählich auch im Malestream ankommt.

Im internationalen Vergleich hat die *Femina Politica* damit ein gewisses Alleinstellungsmerkmal entwickelt: Im englischsprachigen Raum folgte z.B. aus der ‚Disziplinierung‘ der feministischen Politikwissenschaft eine Tendenz zum Empirismus und Politizismus, d.h. feministische Politikwissenschaft setzte ihre Politikkritik dort allein auf der Ebene der Politik an und konzeptualisierte gesellschaftliche Strukturzusammenhänge einer hierarchisierten Zweigeschlechtlichkeit kaum. Feministische Politikwissenschaft wurde so auf Fragen von Repräsentation und Partizipation von Frauen im politischen System verengt und die Erklärungsansätze verblieben institutionalistisch. Doch mein Eindruck von der jüngsten ECPG-Tagung, die im Juni 2017 in Lausanne stattfand, ist:⁴ Es gibt die neuen Themen und Ansätze, die in der *Femina Politica* diskutiert werden, mittlerweile auch dort. ‚Wir‘ waren gewissermaßen Trendsetter, ohne allerdings die durchaus wichtige Frage der Repräsentation von Frauen zu vernachlässigen (Heft 2/2008).

Auch wenn sich die Themen und Herangehensweisen feministischer Politikwissenschaft diversifiziert haben, sind sie deshalb nicht weniger kritisierbar. Es brauchte eine gewisse Unerschrockenheit in der Vergangenheit, um Kritik am politikwissenschaftlichen Malestream zu üben. Heute müssen wir zudem auch vor unseren eigenen wissenschaftlichen Praxen erschrecken. Feministische Politikwissenschaft, will sie kritisch sein, muss ihre eigenen Wahrheitsansprüche und Autoritätsanmutungen hinterfragen, die eigenen Verengungen und Ausblendungen wahrnehmen und reflektieren, also die Grenzen des eigenen Denkens überschreiten und dafür Sprachen und Praxen finden. Ich will hier nur drei Beispiele aus meiner eigenen Forschungspraxis erwähnen, ohne bereits in der Lage zu sein, die neuen Praxen und Begriffe auszubuchstabieren: Wie können Weiße Frauen über die Unterdrückung von Schwarzen Frauen, beispielsweise verhüllten Musliminnen, reden, ohne in postkoloniale und rassistische Opferdiskurse zu verfallen? Wie können ‚wir‘ über sexuelle Gewalt ge-

gen Frauen forschen und sie kritisieren, wenn Geflüchtete die Täter sind? Wie können wir Gewalt in der Sex-Arbeit thematisieren, ohne Sexarbeiter_innen Handlungsfähigkeit abzuspochen? Ich denke, das Ausleuchten dieser Komplexität und dieser Ambivalenzen ist wichtig, um aktuelle Konflikte, Widersprüche und Kämpfe wahrzunehmen und sie *nicht* den selbsternannten Anti-Genderist_innen zu überlassen.

2. Dimension: Akademisierung und Professionalisierung von Kritik

Die Formierung feministischer Politikwissenschaft war mit dem Impetus verbunden, hinein ins System, in die männlich dominierte akademische Politikwissenschaft zu wollen. Ich halte das auch heute noch für wichtig und richtig. Alles andere wäre aus meiner Position als Professorin auch arrogant, denn schließlich geht es um Ressourcen, um Arbeitsplätze – aber ebenso um Freiräume, die es innerhalb der Academia noch immer gibt. Diesem Impetus der Integration ist der Anspruch der *Femina Politica* geschuldet, zur Professionalisierung feministischer Politikwissenschaft im deutschsprachigen Raum beitragen zu wollen, also für das Spiel der Wissenschaft vorzubereiten. Dieses Mitarbeiten in den akademischen Institutionen bedeutet freilich auch, die Regeln der Institutionen anzuerkennen. Die Integration bedeutet aber *nicht*, diese Regeln bedingungslos zu akzeptieren. Vielmehr ist es eine Kritikperspektive, mit diesen Regeln zu spielen, ihre Grenzen zu entdecken und sie an ihre Grenzen zu treiben.

Debatten um die Stillstellung des transformatorischen und politischen Potenzials feministischer (Politik-)Wissenschaft durch ihre Akademisierung und Professionalisierung sind zwar richtig und politisch wichtig, zugleich aber auch verfehlt und falsch, wenn sie in einem moralisierenden Duktus daher kommen. Die Gegenüberstellung eines kritikfähigen Außen der Academia und eines vereinnahmenden Innen ist zu einfach, zu schlicht gedacht, läuft doch feministisch-widerständiges Wissen immer Gefahr, vereinnahmt und in eine neoliberale Entpolitisierungsmaschinerie eingefügt und für nicht-emanzipatorische Prozesse instrumentalisiert zu werden. Kurzum: Auch feministische Politikwissenschaft ist nie davor gefeit, zur Reproduktion patriarchal-kapitalistischer Verhältnisse beizutragen. Dies liegt aber nicht (nur) oder vornehmlich am falschen Ort der Wissensproduktion an Universitäten; vielmehr lebt die politische Moderne gleichsam durch die Kritik, sie erneuert sich stets durch Kritik. Daher ist Vereinnahmung von Kritik ein gewissermaßen logischer Prozess der kapitalistisch-bürgerlichen Moderne und das Schicksal modernen Wissens, das immer in Machtkontexte eingebunden ist (Demirović 2010, 96f.). Wissenschaft ist also nicht jene Instanz, die ‚von außen‘ Machtverhältnisse identifiziert und durch Wissen und Vernunft Herrschaft delegitimiert, sondern es ist immer damit zu rechnen, dass Wissenschaft selbst Teil von Herrschaftsbeziehungen ist.

Und auch die Frauenbewegung, die oft als konträrer Referenzrahmen für akademisches vermeintlich entpolitisiertes Wissen herhalten muss, hat sich verändert: Der feministische Impetus der Befreiung von Frauen ist im Neoliberalismus so komplex

geworden, dass er nicht mehr schlicht als Maßstab für ‚gute‘, kritisch-emanzipatorische politische wie auch wissenschaftliche Praxis genommen werden kann. Ich will damit keinesfalls entmutigen oder gar beschwichtigen und abwiegel. Vielmehr sind diese Gegebenheiten für mich immer Ermutigung und Ansporn, die eigenen Positionen in der Academia wie auch die positiven und negativen Veränderungen illusionslos zu reflektieren. Dafür haben wir in den vergangenen Jahren wichtige Theorie-Instrumente geformt.

Eine der größten Herausforderungen ist die Veränderung des akademischen Feldes in den vergangenen 20 Jahren der Existenz der *Femina Politica*, Veränderungen, die die Praxen feministischer Wissensgenerierung in neoliberalen „entrepreneurial universities“ (Clark 1998) situieren. Diese Transformationen fanden und finden unter den Augen feministischer Politikwissenschaftlerinnen statt und schufen neue Anlässe, aber auch Schwierigkeiten für feministische Kritik. Im akademischen Kapitalismus wurde das wissenschaftliche Selbstunternehmertum zu einem zentralen Wert, die Subjektivierung als Wissenschafts-Entrepreneurin ist auch für Geschlechterforscherinnen gleichsam ein Muss.

Rückblickend wird die rasante Veränderung des akademischen Terrains an einem Detail der Publikationspraxis deutlich: Keine Nachwuchswissenschaftlerin käme heute noch auf die Idee, ein Bändchen im Eigenverlag zu edieren, wie wir dies mit der ersten Publikation des AK Politik und Geschlecht taten. Heute muss dies ein *special issue* eines *peer reviewed journals* sein. Und die *Femina Politica* hat sich in diesem Sinne positioniert. Ich erinnere mich an die Diskussionen um ein *peer review*-Verfahren der *Femina Politica*: Selbstverständlich ist ein solches Verfahren nicht unschuldig, sondern die Unterwerfung unter die Gepflogenheiten des männlichen akademischen Betriebes. Wäre es nicht sinnvoller, sich diesen Ritualen zu entziehen, sich zu verweigern? Aus meiner oben dargelegten Kritikperspektive kann ich diesem Argument nicht folgen: Die Entscheidung für *peer review* war eine strategische und aus meiner Perspektive eine richtige Entscheidung, denn eine Position der Verweigerung, des glückseligen Außen vom akademischen Betrieb gibt es nicht, und schon gar nicht, wenn frau eine Karriere in der Academia anstrebt. Die *Femina Politica* schuf mit dem *peer review* Möglichkeiten des Publizierens nach den Regeln des akademischen Feldes. Nun stellt sich die Frage, wie in dieser Konstellation „Entunterwerfung“ (Foucault 1978/1990, 15) möglich ist. Widersetzende Praxen können z.B. im *gaming*, im Spielen mit den *peer review*-Regeln bestehen. So verstehe ich die etablierten Praxen der *Femina Politica*. Der ernstzunehmende Publikationsort für feministische Politikwissenschaftlerinnen in der *Femina Politica* – wenn auch nicht auf der Ebene von ‚Q1‘ – lässt noch immer Raum für Randthemen, für unorthodoxes Schreiben, und zwar nach wie vor mit Phantasie und Erfindungsmöglichkeit.

Und überhaupt: Eine feministisch-geschlechterforscherische Subjektivierung hat schließlich noch immer das Potenzial einer kritischen Grenzhaltung. Denn fragen wir uns: Kann man mit feministischer Forschung eine gute akademische Selbstun-

ternehmer_in werden? Ich denke, das geht – und das ist auch gut so: Feministische Politikwissenschaftlerinnen können Grants und Förderung einwerben und in Q1-Journalen publizieren – ja sie müssen dies sogar unbedingt! Aber die Grenzen dieser Subjektivierung werden immer wieder deutlich – oder besser: Sie werden vom akademischen Mainstream ständig gezogen. Die Randständigkeit oder Grenzsituierung der feministischen Politikwissenschaft ist aber zugleich immer wieder Anlass zur Reflexion der akademischen Subjektivierungszumutungen und damit zu Kritik.

Ein weiterer Punkt ist mir darüber hinaus noch wichtig zu erwähnen: Der akademische Kapitalismus setzt auf Wettbewerb, auf eine individualisierende Subjektivierung als Wissenschaftler_in. „Entunterwerfung“ (Foucault 1978/1990, 15) und Praxen des „Nicht-so-regiert-werden-Wollens“ (ebd., 52) können daher nur gemeinsame und keine individuellen Praxen sein! In solchen kollektiv-solidarischen Unternehmungen sehe ich eine kritische Haltung gegen die An- und Zumutungen des akademischen Betriebs. Dies bewusst zu inszenieren, ist eine Aufgabe der feministisch-politikwissenschaftlichen Community – und auch der Femina Politica.

Schluss

Angesichts aktueller politischer Verhältnisse braucht es den akademischen politikwissenschaftlichen Feminismus ganz unbedingt: Wir warten z.B. mit großer Spannung auf das Heft der Femina Politica zur kritischen Inspektion des rechtsextremen Populismus. Was aber nicht zu leugnen ist: Die Stimme kritisch-feministischer Politikwissenschaft in der medialen Öffentlichkeit ist leise. Die Medien sind nicht offen für diese Art von Kritik und der akademische Betrieb bringt die Stimmen kritischer Wissenschaft zusätzlich zum Verstummen: Wann sollen wir neben den Kämpfen im akademischen Betrieb auch noch kritisch-feministische Intellektuelle sein? Allerdings, so mein Vorschlag, könnten wir die aktuellen rechten Debatten um bzw. gegen „Geschlecht“, die Tatsache weiblicher und lesbischer Führerschaft in rechten Parteien, offensiver nutzen, um öffentlich das Wort zu ergreifen. Dazu haben wir nun wirklich Expertise.

Doch seien wir nicht zu bescheiden: Feministische Politikwissenschaft hat in den vergangenen knapp 30 Jahren durchaus einen Beitrag dazu geleistet, dass sich eine öffentliche kritische Haltung gegen patriarchale Verhältnisse herausbilden konnte. Ein Artikel wie jener in der ZEIT vom 22. Juni 2017 mit dem Titel „It’s gender, stupid! Die SPD ist immer noch ein Männerverein. So kann sie die Kanzlerin nicht besiegen“ wäre selbst in einem so liberalen Blatt ohne feministisches politikwissenschaftliches Geschlechterwissen nicht möglich.

Allerdings muss Grenzarbeit als Bedingung für das Hinterfragen von Wahrheitsansprüchen in der feministischen Wissenschaft auch zukünftig eine Herausforderung bleiben bzw. muss aktiv zu einer solchen Herausforderung gemacht werden: „Kritische Arbeit“, so Foucault, benötigt „eine geduldige Arbeit, die der Ungeduld der

Freiheit Gestalt gibt“ (Foucault 1984/2005, 707). Freiheit ist Ungeduld und erfordert geduldige Arbeit: Die *Femina Politica* wird dann nicht zum „sturen Fortschrittsmedium“ im Sinne Benjamins (1980, 698), wenn sie Denktabus immer wieder in Frage stellt, wenn sie dorthin schaut, wo diskursive Grenzen, wo Grenzen des Denkens aufgebaut wurden. Die *Femina Politica* kann ein wichtiges Instrument sein, um auf diese Weise immer wieder die Transformationsfähigkeit der Gegenwart sichtbar und Handlungsräume deutlich zu machen. Denn wichtig für Kritik – und für Freiheit – ist die Erkundung jener „Grenzen, die wir überschreiten können“ (Foucault 1984/2005, 703). Dies erfordert gemeinsame Arbeit: Solidarität ist dafür ein zentrales Konzept. Eine zukünftige Aufgabe feministischer Politikwissenschaft ist es daher, gemeinsame Praxen der Kritik zu entwickeln, die nicht ausgrenzend und unterwerfend sind. In diesem Sinne hoffe ich weiterhin auf die Grenzüberschreitungen der *Femina Politica*! – Vielen Dank Euch allen!

Anmerkungen

- 1 https://www.dior.com/couture/de_de/damenmode/die-accessoires/tucher/baumwolle-und-leinen-in-weiss-mit-we-should-all-be-feminists-aufdruck-2-39962
- 2 http://www.skeptic.com/reading_room/conceptual-penis-social-contruct-sokal-style-hoax-on-gender-studies/
- 3 Dies war eines der ersten Themenhefte der *Femina Politica*, Heft 2/1997.
- 4 Die ECPG, die European Conference on Politics and Gender, findet seit 2009 alle 2 Jahre statt (<http://www.ecpg.eu/>).

Literatur

- Adichie**, Chimamanda Ngozi, 2014: *We Should All Be Feminists*. New York.
- Benjamin**, Walter, 1980: Über den Begriff der Geschichte. In: Benjamin, Walter: *Gesammelte Schriften* Band I.2. Frankfurt am Main, 691-704.
- Biester**, Elke/**Geissel**, Brigitte/**Lang**, Sabine/**Schäfter**, Petra/**Sauer**, Birgit/**Young**, Brigitte (Hg.), 1992: *Staat aus feministischer Sicht*. Materialien des workshops „Staat aus feministischer Sicht“ des Arbeitskreises „Politik und Geschlecht“ in der DVPW. Berlin.
- Clark**, Burton, 1998: *Creating Entrepreneurial Universities. Organizational Pathways of Transformation*. New York.
- Demirović**, Alex, 2010: Kritik und Wahrheit. Für einen neuen Modus der Kritik. In: Menzel, Birgit/Nowotny, Stefan/Raunig, Gerald (Hg.): *Kunst der Kritik*. Wien, 85-103.
- Foucault**, Michel (1978/1990): *Was ist Kritik?*. Berlin.
- Foucault**, Michel (1984/2005): *Was ist Aufklärung?*. In: Foucault, Michel : *Dits et Ecrits*. Schriften in vier Bänden, Band IV. Frankfurt am Main, 521-555.
- Fraser**, Nancy, 2009: *Feminism, Capitalism and the Cunning of History*. In: *New Left Review*. 56, 97-117.
- Hark**, Sabine/**Villa**, Paula-Irene (Hg.), 2015: *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld.
- Horkheimer**, Max (1937/1977): *Traditionelle und kritische Theorie*. In: Horkheimer, Max: *Traditionelle und kritische Theorie. Vier Aufsätze*. Frankfurt am Main, 12-56.

Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hg.), 2017: *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality*. London.

Lorde, Audre, 1983: *The Master's Tools Will Never Dismantle the Master's House*. In: Moraga, Cherrie/Anzaldúa, Gloria (Hg.): *The Bridge Called my Back: Writings by Radical Women of Color*. New York, 94-101.

McRobbie, Angela, 2016: *Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes*. Heidelberg.

Meißner, Hanna, 2015: *Kritik und Widerstand – Erfindungsarbeit an den Grenzen unserer Gewissheiten*. In: Bargetz, Brigitte/Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit (Hg.): *Gouvernementalität und Geschlecht. Politische Theorie im Anschluss an Michel Foucault*. Frankfurt/M., New York, 207-228.

Sauer, Birgit, 2015: *Was macht feministische Politikwissenschaft zu einer kritischen Wissenschaft? Rückblicke und aktuelle Herausforderungen*. In: Bargetz, Brigitte/Fleschenberg, Andrea/Kerner, Ina/Kreide, Regina/Ludwig, Gundula (Hg.): *Kritik und Widerstand. Feministische Praktiken in androzentrishen Zeiten*. Opladen, 23-41.

„Fashion is political“?!¹

Nachhaltige Mode und unternehmerische Feminismen in Berlin

MELISSA FISHER. CLAUDIA NEUSÜSS. ANNA PERROTTET

Berlin hat eine vitale Gründer_innenszene und gilt (wieder)² zunehmend als Stadt der Mode. Frauen stellen unter den Modemacher_innen den größten Anteil. Dennoch gibt es empirische Lücken mit Blick auf ihr Arbeits- und Selbstverständnis sowie die Produktionsbedingungen in der Modeindustrie. Geschlechtsbezogene Hindernisse, insbesondere hinsichtlich der Löhne und Einkommen, sowie unsichere Arbeitsverhältnisse sind Bestandteil ihres unternehmerischen Alltags als überwiegend Selbständige und Kleinunternehmerinnen (Manske 2014; Gather/Schürmann/Trenkman 2017). Gleichzeitig unterstreichen verschiedene Studien die hohe Motivation der Unternehmerinnen, Neues zu suchen, gerade auch im Bereich nachhaltigen Wirtschaftens. Dennoch tragen primär auf grüne Technologie fokussierte Fördermechanismen dieser Motivation bislang kaum angemessene Rechnung (u.a. von der Bey/Röhr 2017).

Die Frauengenossenschaft WeiberWirtschaft und das von ihr etablierte, in den frühen 1990er-Jahren geschaffene Gründerinnenzentrum sucht seit fast 30 Jahren neue Wege für Existenzgründerinnen und Unternehmerinnen. Frühzeitig siedelten sich neben Dienstleistungs- und Produktionsunternehmen auch Künstlerinnen und Kreative im Gewerbehof an. Eingebettet in die (west-)deutschen Frauenbewegungen der 1980er-Jahre positionierte und entwickelte sich die Genossenschaft als feministische Organisation (Roth 2015) mit dem Ziel, Frauen in der Ökonomie zu stärken,